

Agrarwende und Biomarkt

von Dietmar Groß

Auf dem Markt der Meinungen und Meldungen hat der ökologische Landbau im Winter und Frühjahr 2001 einen bisher noch nie da gewesenen Boom erlebt. Ökolandbau als Alternative zu torkelnden BSE-Kühen und lodernden MKS-Kadaverbergen: Diese Botschaft war wochenlang Top-Thema mit unterschiedlichem Tiefgang in allen Medien. Es verging kaum ein Fernsehabend ohne entsprechende Beiträge und Diskussionsrunden. Die Printmedien druckten auf den Redaktionsseiten Adresslisten von Naturkost- und Biohöfläden.

Auf der politischen Bühne gab es unter dem Eindruck der BSE- und MKS-Horror Meldungen erhebliche Turbulenzen. Bundeskanzler Schröder ließ seinen Vertrauten Funke als Landwirtschaftsminister fallen, watschte öffentlich den Bauernverband als mitverantwortliche Institution für die Zustände in der agroindustriellen Landwirtschaft ab und ließ mit dem sog. „Kanzleramtspapier“ die Agrarwende verkünden. Mit der Neustrukturierung des Agrarressorts zum Verbraucherschutzministerium unter der Leitung der Grünen Renate Künast soll diese Wende vollzogen werden. Ein Kernziel der Agrarwende laut Regierungserklärung von Frau Künast heißt: 20 % Ökolandbau in den nächsten 10 Jahren!

In der Medienwelt hat das Thema Agrarwende längst wieder ausgedient. Der hundertste BSE-Fall in Deutschland fand kaum noch Medienbeachtung. Wie sieht die Normalität auf den Biomärkten im Herbst 2001 aus? Die Nachfrage nach Bioerzeugnissen ist im Winter und Frühjahr 2001 über alle Absatzwege sprunghaft angestiegen. Bei Bio-geflügel Fleisch, Bioschweinefleisch und Fleischersatzstoffen (z. B. Tofu) übertraf die Nachfrage in den ersten Wochen nach den BSE-Fällen in Deutschland bei weitem das Angebot. Aber auch die übrige Palette der Bioerzeugnisse – von Gemüse bis Müsliriegel – verzeichnete Umsatzzuwächse in bis dahin nicht vorstellbaren Größenordnungen.

Für die beiden ersten Quartale 2001 weist der Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN) für die

Naturkostgroßhandelsunternehmen einen durchschnittlichen Umsatzzuwachs im Vergleich zu den Vorjahresmonaten von 36,5 % aus (1). Der Umsatz in den Sommermonaten war zwar im Vergleich zu den Wintermonaten leicht rückläufig, der befürchtete Einbruch nach dem Abklingen der öffentlichen Diskussion ist aber bislang nicht eingetreten.

Auch für den konventionellen Lebensmitteleinzelhandel werden Umsatzzuwächse bei Bioprodukten von 25 bis 50 % in den ersten 6 Monaten des Jahres 2001 angegeben (2).

Für die Direktvermarktung, der ein Anteil von bis zu 20 % am Biomarkt zugeordnet wird, gibt es keine Zahlen. Aus der eigenen Erfahrung und aus Gesprächen mit Kollegen und mit Großhändlern, die Höfläden beliefern, ergibt sich jedoch ein ähnlich deutlicher Umsatzzuwachs wie auf den anderen Absatzschienen.

Allerdings zeichnet sich hinter dem deutlichen Umsatzplus der gesamten Branche bereits ein Strukturwandel ab: Die größten Umsatzzuwächse verzeichnen nach Auskunft von Branchenkennern die größeren „Naturkostsupermärkte“: Alnatura, eine Naturkostsupermarkt-Kette mit inzwischen 11 Filialen in Deutschland, berichtet von Umsatzzuwächsen über dem Branchendurchschnitt (3). Bei den kleineren Naturkostfachgeschäften (Biohöfläden) verläuft die Entwicklung sehr uneinheitlich. Trotz Marktwachstum haben auch 2001 zahlreiche kleinere Biohöfläden geschlossen.

Im Lebensmitteleinzelhandel ist nach einer Studie des BUND die Entwicklung sehr uneinheitlich: Während kleinere Ketten, z. B. tegut (Hessen, Bayern, Thüringen), Famila (Niedersachsen, Westfalen) und Feneberg (Raum Bodensee) mit einer klaren unternehmerischen Schwerpunktsetzung deutliche Marktausweitungen im Biosegment erreichten, bleibt das Engagement der großen Ketten bescheiden. Auch im Bereich der Direktvermarktung profitierten vom Bioboom vor allem größere Höfläden in guten Lagen, mit umfangreichem Sortiment, ausgewiesenem Frischeprofil und attraktivem Ambiente, während der Aufwärtstrend an anderen vorbeiging.

Die Marktentwicklung im ersten Halbjahr 2001 lässt folgende Schlussfolgerung zu:

1. Die BSE- und MKS-Katastrophe hat die Plausibilität und die Akzeptanz von Bioprodukten bei den Konsumenten in Deutschland deutlich erhöht. Die Schwellenängste zum Einkauf im Bioladen, im Hofladen oder am Marktstand sind herabgesetzt worden. Die reale Einkaufsbereitschaft hat trotz deutlich höherer Preise erheblich zugenommen.
2. Es hat den Anschein, dass viele der Neukunden der ersten Monate nach BSE und MKS zu Stammkunden geworden sind. Damit besteht Anlass zu der Annahme, dass der Biomarkt infolge dieser Katastrophen im Jahr 2001 nachhaltig um 25 bis 30 % angewachsen ist.

Daraus jedoch die Schlussfolgerung zu ziehen, auch in den nächsten Monaten und Jahren weiterhin mit deutlichen Umsatzzuwächsen rechnen zu können, halte ich für realitätsfern. Der Umsatzsprung im Jahr 2001 hat den Anteil des Biomarkts am gesamten Lebensmittelmarkt gerade einmal von ca. 2,5% auf gut 3% katapultiert. Wir müssen uns in der nächsten Zeit ohne den Rückenwind einer bisher noch nie da gewesenen öffentlichen Debatte um Fragen der landwirtschaftlichen Produktionsweise auf eine Konsolidierung, bestenfalls auf leichte Wachstumsraten von 5–10% einstellen, so wie sie in den vergangenen Jahren zu

verzeichnen waren. Daher liegt selbst ein Marktanteil von 5% noch in weiter Ferne, wenn die staatliche Agrarpolitik die Agrarwende im Bio-bereich dem Marktgeschehen überlassen will.

Das neue Biozeichen

An der beschriebenen Situation werden auch das neu geschaffene staatliche Biozeichen und die angekündigte Werbekampagne mit einem Etat von 6,5 Mio. Euro in den nächsten zwei Jahren wenig ändern. Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat per Gesetz ein Prüfsiegel eingeführt, mit dem Bioerzeugnisse auf freiwilliger Basis und kostenfrei gekennzeichnet werden sollen. Mit der Auslobung als Bioprodukt verpflichtet sich der Zeichennutzer auf die Einhaltung der EU-Bioverordnung bei der Herstellung dieser Erzeugnisse. Dieses Siegel ermöglicht Herstellern und Händlern die einheitliche Bewerbung aller Bio-Erzeugnisse aus dem EU-Raum. Damit wurde den Anforderungen dieser Branche Rechnung getragen, die einen wachsenden Anteil der Bioware europaweit – und darüber hinaus – einkauft.

Die Marketingstrategen sowohl in der Naturkostbranche als auch im herkömmlichen Einzelhandel versprechen sich eine bessere Marktdurchdringung, weil das Siegel breit eingeführt werden wird. Damit verbunden ist ein höherer Bekanntheitsgrad, geringere Verwirrung der KundInnen als durch die bisherige Zeichenvielfalt, mehr an Glaubwürdig-

Das neue Bio-Siegel und die unterschiedlichen Interessen

Das neue Biosiegel ist im Kern das Ergebnis aus dem Gerangel der deutschen Bioanbauverbände um eine gemeinsame Werbestrategie. Unter dem Einfluss der CMA (und des Bauernverbands, der die CMA maßgeblich beeinflusst) war von der AGÖL, dem bisherigen Dachverband aller Bioverbände, ein privatrechtliches Biozeichen (ÖPZ) entwickelt worden. Dieses Zeichen sollte deutsche Bioerzeugnisse, die nach dem im Vergleich zu der EU-Bio-Verordnung strengeren AGÖL-Standard erzeugt werden, im Markt hervorheben. Da die Zeichennutzung mit Kosten verbunden war und zudem dem wachsenden globalen Handel mit Bioerzeugnissen widersprochen hätte, wurde dieses Zeichen weder von der Naturkostbranche noch vom herkömmlichen Lebensmitteleinzelhandel in nennenswertem Umfang angenommen.

Es kam hinzu, dass die am Markt etablierten Verbände Bioland und Demeter um den Wert ihrer

eigenen Markenzeichen und damit um die Bindung ihrer Kunden und Mitglieder fürchteten. Denn im Wettbewerb hätten die anderen AGÖL-Verbände mit z. T. wesentlich günstigeren Lizenz- und Beitragssätzen auf der Grundlage eines gemeinsamen Prüfsiegels wesentlich bessere Bedingungen erhalten. Dies erklärt auch den Austritt von Bioland und Demeter aus der AGÖL und das Eintreten dieser Verbände für das neue Biosiegel. Bioland und Demeter setzen darauf, dass die breite, möglichst inflationäre Verwendung des neuen Siegels den Wert ihrer Markenzeichen steigert.

Zu Beginn der Amtszeit von Renate Künast sah es so aus, als würde das Ministerium das ÖPZ als Grundlage der staatlichen Kampagne für den Ökolandbau übernehmen. In einer konzertierten Aktion von Lebensmitteleinzelhandel, Naturkostbranche, Bioland und Demeter ist es gelungen, die Ministerin vom EU-Biosiegel zu überzeugen.

keit und damit Erhöhung der Kaufbereitschaft. Sicher ist: Die Bedingungen für den schrankenlosen Handel mit Bioerzeugnissen wurden mit dem Zeichen erheblich verbessert. Ob auch die nationalen oder regionalen Bioerzeuger von der versprochenen Marktausweitung profitieren können, bleibt abzuwarten. Klar ist auch, dass unter dem neuen Biozeichen eine stärkere Polarisierung des Biomarktes zu erwarten ist; um es mit einem Schlagwort zu benennen: „Billig-Bio“ auf der einen und „Premium-Bio“ auf der anderen Seite. Das ist jedenfalls die Hoffnung der Verbandsstrategen bei Bioland und Demeter, die das neue Zeichen unterstützen, seitdem sie aus dem gemeinsamen Boot der AGÖL ausgestiegen sind (siehe Kasten auf der Vorseite).

Der Biomarkt bleibt ein Nischenmarkt

Nach meiner Erfahrung und Einschätzung wird das Wachstum des Biomarkts in Deutschland im Wesentlichen von zwei Faktoren begrenzt:

1. In keinem anderen EU-Land sind konventionelle Lebensmittel so billig wie in Deutschland und damit ist nirgendwo der Preisabstand zu Biolebensmitteln so groß wie hierzulande. Die Hauptursache hierfür ist im gnadenlosen Verdrängungskampf des Lebensmitteleinzelhandels zu sehen. Mit Dumpingpreisen für Lebensmittel, die oft unter den Gestehungskosten liegen (wie selbst das Kartellamt bereits mehrfach moniert hat) buhlt der Lebensmitteleinzelhandel um die KundInnen. Diese (geringe) Wertschätzung für Lebensmittel durch den Handel wurde von vielen Experten und Politikern im Winter 2001 auch als eine der Ursachen für die Krisen ausgemacht. Offensichtlich ohne Folgen, denn noch während der BSE- und MKS-Krise erklärten Manager (z. B. von REWE) dass der Preiskampf weitergehe. Lebensmittel als Schnäppchen, die die KundInnen in die großen Warenhäuser locken, ist nach wie vor das Werbeprinzip der meisten Konzerne im Lebensmitteleinzelhandel.
2. Diese Markt- und Preispolitik hat ihr entsprechendes Pendant in der Einkaufsmentalität der Kundschaft. In keinem anderen Land ist das „Preisbewusstsein“ beim Einkauf von Lebensmitteln so ausgeprägt wie in Deutschland. Qualitätsaspekte haben in der Einkaufskultur der deutschen Kundschaft einen geringen Stellenwert; soziale und ökologische Werte bzw. damit verbundene Dienstleistungen, die in den Lebensmitteln und der dahinter stehenden Art der Herstellung und Vermarktung stecken, sind noch

viel unbedeutender. Der typisch deutsche Kunde spart beim Lebensmitteleinkauf, um für Anderes mehr Geld ausgeben zu können. Die Anonymität des Einkaufs im Supermarkt erleichtert diese Strategie. Darüber hinaus kann der Verbraucher aus der Wahl von Lebensmitteln – im Gegensatz zum Auto, der Kleidung oder der Urlaubsreise – kaum einen Sozialprestigegewinn ableiten. Für die Lebensmittelsicherheit und die ökologische Verträglichkeit der Produktionsweisen ist im Bewusstsein der Deutschen der Staat verantwortlich. Die individuelle Mitverantwortung, die in der alltäglichen Kaufentscheidung jedes Einzelnen liegt, wird ausgeblendet. Anders als beim Autokauf, wo Sicherheit und Zuverlässigkeit selbstverständlich seinen Preis haben darf, wird beim Lebensmitteleinkauf grundsätzlich unterstellt, dass der Staat für diese Voraussetzungen gesorgt hat. Ansatzweise wurde dieses Vertrauen durch die jüngsten Krisen erschüttert. Doch nur ein kleiner Teil der Bevölkerung hat individuelle Konsequenzen gezogen.

Zur Beurteilung der Marktchancen von Bioprodukten bei den Endkonsumenten in Deutschland gilt daher weiterhin: Sie bleiben marginal. Sie sind geringer als in den Alpenrepubliken, wo der Zusammenhang zwischen dem Einkaufsverhalten und dem Zustand der Kulturlandschaften viel leichter nachvollziehbar ist, geringer als in den nordeuropäischen Staaten, wo Lebensmittel grundsätzlich eine höhere Wertschätzung erfahren und somit der Preisabstand zur Bioware nicht so deutlich ist, geringer als in Frankreich und Italien, wo die Erwartungen an die staatliche Autorität geringer ist und die Rationalität beim Einkauf von Lebensmitteln auf allen Stufen noch nicht so Platz greifen konnte.

Als praxiserfahrener Marktbeteiligter halte ich deshalb der kühnen Vision von „20 % Bio in den nächsten 10 Jahren“ entgegen: Wenn wir die „Agrarwende“ dem Marktgeschehen überlassen, wird das „Ende der Fahnenstange“ bei 5 % erreicht sein. Und noch entscheidender als das tatsächliche Marktvolumen ist für uns Bauern die Frage: Was kommt für uns selbst dabei heraus?

Die Situation auf der Erzeugerstufe

Die sprunghafte Ausweitung des Biomarktes in den ersten Monaten des Jahres 2001 hat die Absatz- und Erlössituation auf der Erzeugerstufe deutlich verbessert. Nach mehreren Jahren des Preisverfalls haben sich die Biogetreidepreise gefestigt. Sowohl

Speise- als auch Futtergetreide gelten als knapp und werden mit Aufschlägen von 5 DM/dt und mehr verkauft. Die Preise bewegen sich zwischen 45 und 60 DM/dt. Auch der zweite wichtige Grundpreis für die Einkommenssituation auf den Biobetrieben, der Milchauszahlungspreis, hat sich deutlich gefestigt. Der Rohstoff Biomilch ist knapp geworden, weil nicht nur der Endverkauf deutlich zugelegt hat, sondern auch mehrere neue Verarbeiter in den Markt eingestiegen sind und um die Milch der Erzeuger buhlen. Die Milchauszahlungspreise haben um 5 bis 7 Pfennig pro Liter angezogen, weitere Preisverbesserungen erscheinen in nächster Zeit möglich. Besonders knapp waren im Winter 2000/2001 und im Frühjahr 2001 Bio-geflügel und Bioschweine. Auch hier verbesserten sich die Erzeugerlöhne erheblich: Bei Bioschweinen gab es Aufschläge von 0,50 bis 1 DM je kg Schlachtgewicht. Anders verhält es sich im Bio-rindfleischmarkt. Bis auf wenige Direktvermarkter war auch dieser Bereich vom BSE-bedingten Nachfrageeinbruch betroffen. Entsprechend schwierig waren und sind noch immer die Absatz- und Preisbedingungen.

Es kann damit gerechnet werden, dass die freundliche Marktsituation bei Getreide und Milch aufgrund der zweijährigen Umstellungsfristen noch eine Weile anhält. Bei Erzeugnissen mit kürzeren Produktionszyklen wurde bereits im Herbst 2001 von Absatzschwierigkeiten berichtet, z. B. bei Bio-eiern und Biohähnchen: Die Firma Stolle, zweitgrößtes deutsches Schlachtgeflügelunternehmen, warnte anlässlich einer Erzeugerinformationsveranstaltung in Gudensberg (Hessen) vor dem Einstieg in die Mast von Bio-Freilandmasthähnchen, weil der Abverkauf der eigenen Biomarke „Grünland-Hähnchen“ trotz des allgemeinen Geflügelfleischbooms und der öffentlichen Stimmung für Bio-geflügelfleisch nicht läuft (4).

Ähnlich verhält es sich teilweise bei Gemüse. Obwohl bei Frischgemüse die größten Wachstumsraten ausgewiesen werden können, geriet der Bio-Fruchtgemüsemarkt (Gurken, Tomaten, Paprika) bereits im Sommer 2001 stark unter Angebotsdruck. Holländische Spezialbetriebe, die bei deutlich günstigeren Produktionskosten mit großen Mengen in den Biomarkt eingestiegen sind, verursachten Marktungleichgewichte. Es stellt sich die Frage, ob der deutsche Bio-Unterglasanbau noch wettbewerbsfähig ist (5).

Insgesamt kann festgestellt werden, dass sich die Absatz- und Erlössituation auf den deutschen Biobetrieben im Jahr 2001 deutlich verbessert hat. Das

war aber auch dringend notwendig, weil die meisten Biobetriebe in den vergangenen Jahren im Vergleich zu den konventionellen Kollegen trotz Mehrarbeit schlechtere Wirtschaftsergebnisse erzielt haben (6).

Mittelfristige Perspektiven

Die positive Entwicklung beim Absatz und bei den Preisen der wichtigsten Erzeugnisse hat zu einer neuen Umstellungswelle geführt. Vor allem Bayern und Nordrhein-Westfalen unterstützen diese Welle durch verbesserte Umstellungsbeihilfen. Aber auch in anderen Bundesländern, in denen (bislang) keine Prämienhöhungen angeboten wurden (z. B. Hessen) nahm die Zahl der umstellungswilligen Landwirte deutlich zu. Die Marktsignale führen auch in anderen Ländern zu deutlichen Produktionsausweitungen im Biosektor. Ich gehe davon aus, dass wir bereits im Jahr 2002 bei Gemüse, Kartoffeln, Dinkel und Schweinen mit Angebotsüberhängen rechnen müssen. Dieser Prozess wird sich im Jahr 2003 in den Bereichen Getreide und Milch fortsetzen.

Wachsen oder Weichen auch im Biobereich ?

Gleichzeitig verschärft sich der Rationalisierungsdruck. Die Ausweitung des Biomarktes auf die Absatzkanäle des herkömmlichen Einzelhandels und die Tatsache, dass sich große Teile der Naturkostbranche vom Regionalitätsprinzip verabschiedet haben, weckt das Interesse von solchen Erzeugern und Verarbeitern, die ihre Chance in großen einheitlichen Partien bzw. in Komplettangeboten für den Einzelhandel inklusive eines Biosortiments sehen. „Alles aus einer Hand, wenn's der Markt verlangt auch Bio“ heißt offensichtlich die vom Zeitgeist gewendete Parole in vielen Chefetagen der Lebensmittelindustrie. Das erklärt das Engagement der agroindustriell organisierten Unternehmen der Geflügelbranche, die inzwischen beträchtliche Teile des Bioeier- und Bio-geflügelfleischmarkts zumindest über die Absatzwege des herkömmlichen Einzelhandels besetzt haben, ebenso wie den Einstieg großer, europaweit agierender Molkereien in den Biomilchmarkt.

Der Biofleischmarkt wird immer stärker von zentralistischen Verarbeitungs-, Vermarktungs- und Erzeugungsstrukturen geprägt. Deutlichstes Beispiel ist das Fleischhandelsunternehmen Tönnies aus Westfalen, welches vorwiegend Rind- und Schweinefleisch von großen Biopark-Betrieben aus Mecklenburg-Vorpommern in ganz Westdeutschland vertreibt, unter anderem von Rodo

Schneider, dem Chef des ehemaligen Moxsel-Schlachtkonzerns. Moxsel war wegen dubioser Fleischgeschäfte mit den ehemaligen LPG's der DDR und mit politischer Rückendeckung von Franz-Josef Strauß in dessen Amtszeit als bayrischer Ministerpräsident in die Schlagzeilen gekommen. Inzwischen ist Moxsel pleite und Schneider einer der größten deutschen „Biobauern“ mit Tausenden von Rindern auf einer abgewickelten LPG. Viele bayerische Rindfleischerzeuger haben durch die wettbewerbsfähigere Konkurrenz aus dem Nordosten den Großabnehmer Hipp verloren.

Wachsen oder Weichen – nur ein berufständisches Problem einer aussterbenden Minderheit von Bauern?

In der politischen Auseinandersetzung um die „Ökologisierung“ der Landwirtschaft ist die Agrarstrukturfrage in den letzten Jahren in den Hintergrund getreten. Während die meisten Anbauverbände des Ökolandbaus in Deutschland bis in die Mitte der neunziger Jahre noch eindeutig hinter dem Leitziel „bäuerliche Landwirtschaft“ standen, ist selbst in den Anbauverbänden die Strukturfrage zu einem heiklen Thema geworden. Ein wesentlicher Grund liegt auch hier im scharfen Wettbewerb der Verbandsfunktionäre um die Beiträge der Mitgliedsbetriebe. Während es bei Bioland z. B. bis in die Mitte der neunziger Jahre selbstverständlich war, dass größere Betriebe entsprechend der größeren Umsätze höhere Beiträge zahlen mussten, haben einige Landesverbände (z.B. Hessen, Thüringen, Sachsen-Anhalt) dem Druck der großen Betriebe nachgegeben und die Beiträge abgestaffelt. Inzwischen ist es üblich geworden, dass neue Mitglieder mit individuellen Sonderkonditionen geworben werden. Vor diesem Hintergrund ist die große, spezialisierte Bioproduktion branchenintern nicht nur hoffähig, sondern in vielen Köpfen von Funktionären und Beratern längst zum Leitbild für die moderne, zukunftsfähige Ökolandwirtschaft geworden. Konflikte, die sich daraus innerhalb der Verbände ergeben, werden unter den Teppich gekehrt. Dabei ist allen Beteiligten klar, dass gerade die kleineren und mittleren bäuerlichen Betriebe den Biomarkt in seiner bisherigen Verfassung überhaupt erst möglich gemacht haben. Sie haben sich im Zuge der Umweltbewegung der achtziger und neunziger Jahre für diesen Weg der Landwirtschaft entschieden, weil er als einzig sinnvoller ökonomischer und ökologischer Ausweg aus den Zwängen des „Wachsen oder Weichen“ erschien.

„Widerstand und Selbsthilfe“ lautete in dieser Zeit die politische Losung der AbL und viele agrarpolitisch Aktive stellten ihre Betriebe um. Diese Bewegung stand im Zusammenhang mit einer gesellschaftlichen Gegenkultur zu den bereits zu dieser Zeit deutlich feststellbaren Fehlentwicklungen der Landwirtschaft. So entstand im Verbund mit Naturkostläden und regional agierenden Naturkostgroßhändlern sowie mit Verarbeitern, die sich ausschließlich diesem Marktsegment verpflichtet sahen, langsam aber beständig ein vielfältiger, kleinräumiger und transparenter Markt für Bioprodukte. Von den etablierten Kreisen der Agrarlobby, der Nahrungswirtschaft und des Handels wurde dieser Zweig zunächst belächelt, dann ideologisch bekämpft. Heute, wo sich abzeichnet, dass möglicherweise Geld zu verdienen ist, möchten diese Kreise die Früchte der Aufbauarbeit ernten. Tausende von sinnvollen, regionalen Arbeitsplätzen in allen Bereichen dieses Marktes sind in Gefahr, wenn die Prinzipien der „großen“ Produktion und Vermarktung stillschweigend akzeptiert, ja sogar gefordert werden, weil vermeintlich nur so ein deutliches Wachstum des Biomarkts erreicht werden kann.

Quantitatives Biomarktwachstum – ein selbstverständlicher Beitrag zur Verbesserung der Umweltbilanz und der Nahrungsmittelqualität?

Eine wesentliche gesellschaftliche Begründung und individuelle Entscheidungsgrundlage für den Ökolandbau sind die bessere Umweltbilanz und die bessere Nahrungsmittelqualität. Prinzipiell ist über die EU-Verordnungen zum Ökologischen Landbau das Verbot von giftigen Agrochemikalien und leichtlöslichen Düngemitteln verboten. Doch mit diesen Regeln allein lässt sich die Qualität von Biolebensmitteln nicht definieren.

Im Verlauf der Auseinandersetzungen um das neue Biozeichen haben die Verfechter des (etwas strengeren) ÖPZ-Prüfsiegels davor gewarnt, dass nun Erzeugnisse, die mit konventioneller Gülle und von nur teilweise umgestellten Betrieben erzeugt worden sind, auf den deutschen Markt strömen. Dies kann in der Tat nicht ausgeschlossen werden. Damit sind die Warnungen vor ökologischen Fehlentwicklungen im zukünftigen Biomarkt jedoch bei weitem nicht erschöpft. Auch auf der Grundlage der strengeren AGÖL-Richtlinien ist mit Blick auf die ökologische Gesamtbilanz Anlass zur Skepsis gegeben. Sie schließen die räumliche und betriebliche Konzentration der Erzeugung unter

den Bedingungen und dem Druck zentralistisch organisierter Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie und des Handels keinesfalls aus. Biofruchtgemüse aus Holland, Biokopfsalat aus der Pfalz, Kohl aus Schleswig-Holstein, Milchprodukte aus Bayern, Kartoffeln aus der Heide, Biogeflügel und Eier aus Süddoldenburg, Äpfel aus Südtirol usw.: kostengünstig erzeugt (weil kapitalintensiv oder mit billigen Saisonarbeitskräften) und alles aufwändig verpackt (u. a. zur Unterscheidung von der konventionellen Ware) sind diese Produkte schon längst die Realität des Bioangebots in den Regalen der meisten Supermärkte. Auch Teile der Naturkostbranche beteiligen sich inzwischen hemmungslos an dem unsinnigen Transportwesen, das die ökologische Gesamtbilanz der Bioproduktion ebenso infrage stellt wie im konventionellen Bereich.

Die „große“ Produktion auf der landwirtschaftlichen/gartenbaulichen Stufe führt darüber hinaus zu Produktionsweisen, die auch die unmittelbaren ökologischen Vorteile für die Natur infrage stellen. Schließlich ist hinreichend bekannt, dass für wildlebende Tier- und Pflanzenarten nicht nur die Art der Bewirtschaftung, sondern auch die Vielfalt und Intensität der Nutzungen und der Grad der Mechanisierung von Bedeutung ist. In dem Maß, wie der ökologische Landbau demselben Strukturwandel wie die konventionelle Landwirtschaft unterzogen wird, schwinden im gleichen Umfang die Vorteile dieser Landwirtschaftsmethode.

Ein weiterer Aspekt ist die für spezialisierte große Betriebe viel zwingendere Notwendigkeit, die Ernte gegen Risiken (Krankheitskalamitäten) abzusichern, weil ein wirtschaftlicher Ausgleich durch andere Betriebszweige oder Produktionsverfahren kaum mehr möglich ist. Als Beispiel sei die umstrittene Verwendung von Kupferpräparaten im Obst- und Gemüsebau und bei Kartoffeln genannt. Erst in großen Produktionseinheiten sind teure Applikationstechniken (Unterblattspritzungen) wirtschaftlich und erst so wird der Einsatz von Kupfer interessant. Da Kupferpräparate nach der EU-Bio-Verordnung zulässig sind, entschärft ein Ökoverband nach dem anderen die Verbandsrichtlinien unter dem Druck der großen Kartoffelanbauer, die mit dem Austritt drohen.

Zum Schluss dieser Überlegungen möchte ich darauf hinweisen, dass der individuelle und gesundheitliche Wert der Ökolebensmittel aus der Konsumentensicht mit besserem Geschmack und niedrigerem Nitratgehalt in Verbindung gebracht wird. Auch dieser Aspekt muss unter den Bedin-

gungen der „großen“ Bioproduktion skeptisch beurteilt werden. Unter den Bedingungen anonymisierter Märkte schwindet die Notwendigkeit besonderes Augenmerk auf die innere Qualität zu legen. Gleichzeitig steigt die Anforderung, hohe Erträge zu erzielen und abzusichern. Um das Argument zu illustrieren ein Beispiel: Der großflächige Bio-Blumenkohlanbau wird längst nicht mehr mit den „klassischen“ Methoden der Düngung im Ökolandbau betrieben – Fruchtfolgegestaltung mit Leguminosen und/oder Stallmist –, sondern hier kommen selbstverständlich stickstoffreiche Zukaufdünger wie z. B. Vinasse zum Einsatz. So können ebenso wie im konventionellen Anbau Stickstoffgaben von 300 kg N/ha gegeben und die geforderten 8er oder 6er Kopfgrößen erzielt werden. Notwendigerweise wird diese Düngestrategie von regelmäßigen Spritzungen mit biologischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und künstlicher Bewässerung begleitet um die Erträge abzusichern. Ein hohes, leicht pflanzenverfügbares Stickstoffangebot führt schnell zu dem bekannten Antagonismus zwischen Geschmack und Masseentwicklung.

Neue Politik im Zeichen der Agrarwende – was ist davon zu halten ?

Die Ausweitung des Ökolandbaus ist ein zentrales Ziel der neuen Bundesagrarpolitik. Auch die Länder unterstützen diesen Kurs mit unterschiedlicher Intensität. Bayerns Landwirtschaftsminister Miller kündigte bereits im März 2001 auf der Biofach-Messe ein 20 Mio. DM-Programm an. Kurze Zeit später folgte Nordrhein-Westfalen mit einem Landesprogramm zur Anhebung der Umstellungsprämien.

Die Bundesebene setzte im Sommer neue Akzente. Der Agraretat wurde um 330 Mio. DM aufgestockt. Ein Großteil der Mittel soll zur Finanzierung der Eigenanteile des Finanzbedarfs, der durch die Modulation entsteht, eingesetzt werden (vgl. Beitrag von Ulrich Jasper im Kapitel „Agrarpolitik“). Durch Änderungen der Rahmenbedingungen für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) soll der Ökolandbau unterstützt werden.

1. Die Ökopremien sollen auf 410 DM/ha angehoben werden.
2. Die Agrarinvestitionsbeihilfen (AFP) sollen verstärkt zur finanziellen Unterstützung kleinerer Maßnahmen zur Einkommenskombination und Diversifizierung eingesetzt werden (Hofladen, Bauernhofcafé etc.).

3. Die Maßnahmen zur Marktstrukturverbesserung sehen die Förderung kleinerer Erzeugerzusammenschlüsse (ab fünf Bauern) vor.

Besonderes Augenmerk will die neue Bundesregierung auf eine ausgewogene Förderung von Angebots- und Nachfrageseite des Biomarktes legen. Neben dem bereits erwähnten Biosiegel mit einem Etat von 6,5 Mio. Euro soll ein „Bundesprogramm Ökologischer Landbau“ mit einem Etat von ca. 70 Mio. Euro in den nächsten zwei Jahren aufgelegt werden. Der Entwurf für dieses Programm wurde von einer externen Expertengruppe unter Federführung der Bundesforschungsanstalt in Braunschweig erstellt.

Für die Bereiche Landwirtschaft, Erfassung und Verarbeitung, Handel und Vermarktung sowie Verbraucher sollen jeweils Internet-Portale als zeitgemäße Kommunikationsform aufgebaut werden. Aus- und Fortbildungen von Akteuren auf allen Ebenen (Umstellungsberatung von Bauern, Fortbildung von Tierärzten oder VerkäuferInnen auf der Endverkaufsstufe) sollen finanziert werden, ebenso Ausstellungen, Wettbewerbe usw. Schwerpunkt soll Verbraucherinformation werden (ca. 27 Mio. Euro). Darüber hinaus sollen erhebliche Mittel in Forschung und Technologieentwicklung (ca. 24 Mio. Euro) gesteckt werden.

Die neue Agrarpolitik unter Renate Künast lässt erkennen, dass die Ministeriumsspitze ernsthaft daran arbeitet, den kühnen Aussagen der Regierungserklärung Taten zur Ausweitung des Ökolandbaus folgen zu lassen. Um den Ökologischen Landbau voranzubringen, wurden Fördergrundsätze geändert; Geld in bislang kaum vorstellbaren Größenordnungen soll dafür fließen. Allerdings bleiben aus bäuerlicher Sicht bei aller Freude über diesen politischen Prozess viele Fragen offen.

Abgesehen davon, ob die geplanten Vorhaben die parlamentarischen und rechtlichen Hürden (Notifizierung durch die EU) tatsächlich überwinden (das „Störfeuer“ der etablierten Agrarlobby wird gewaltig sein und die politische Großwetterlage auf der parlamentarischen Ebene wird durch andere Themen als die Agrarwende geprägt), bleiben Zweifel an der Ausrichtung der beschriebenen Vorhaben. So bleibt der von mir beschriebene Aspekt des Strukturwandels in Erzeugung, Verarbeitung und Handel unterbelichtet. Offensichtlich existiert weder unter den Ökolandbauwissenschaftlern noch bei den Verbandsfunktionären und Experten der Ministerialbürokratie ein Problembewusstsein für die Gefahren, die von der sich abzeichnenden

räumlichen und betrieblichen Konzentration im Ökolandbau ausgehen.

Im Instrumentarium einer neuen Agrarpolitik für den Ökolandbau ist von einem solchen Bewusstsein jedenfalls wenig zu finden. Dabei wäre es beispielsweise ohne weiteres möglich, Obergrenzen in die Agrarförderprogramme einzuziehen. Die EU-Verordnung für die Tierhaltung im Ökolandbau benennt z.B. eine Obergrenze von 3000 Legehennen für eine Betriebseinheit. Warum wird diese Grenze nicht übernommen als Begrenzung der geplanten Investitionsbeihilfen? Warum finden Systemobergrenzen, wie sie NEULAND schon vor 13 Jahren vorbildhaft und erfolgreich für andere Tierarten entwickelt und kürzlich fortgeschrieben hat, keine Anwendung? Die Bindung der Tierhaltung an die Fläche, wie sie die EU-Verordnung vorschreibt, ist keine hinreichende Schranke für Fehlentwicklungen im Biobereich, die dem konventionellen Trend zur Massentierhaltung folgen.

Ebenso unterbelichtet bleiben die Mechanismen, die sich aus den ungleichen Kräfteverhältnissen zwischen den Marktbeteiligten ergeben. Zwar hat sich nach den Erfahrungen mit der bisherigen Förderpolitik offensichtlich die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine einseitige Förderung der Angebotsseite kontraproduktiv ist. Da die Prämien-gewährung für Ökolandbau letztlich Ländersache ist, findet in der Realität dennoch ein Subventionswettbewerb zwischen den Ländern in Abhängigkeit von den vorhandenen Landesressourcen statt. Es ist nicht verwunderlich, dass in diesen Wettlauf um die Verteilung des (hoffentlich wachsenden) Biomarktes auch die exportorientierten Nachbarstaaten (Italien, Frankreich, Holland, Dänemark) mit eigenen Förderprogrammen einsteigen. Unter den gegebenen Marktbedingungen global agierender Unternehmen der Ernährungsindustrie und des Handels wird diese Art der Förderpolitik auf der Erzeugerebene zum Nullsummenspiel. Die Entscheidung, wo und zu welchen Konditionen die Ernährungsindustrie und der Handel Bioprodukte für den – wie auch immer – wachsenden Markt einkauft, will die neue Agrarpolitik offensichtlich weiterhin der Wirtschaft überlassen. Auch die Instrumente des vorgelegten „Aktionsplans Ökolandbau“ sind deshalb im Wesentlichen beschränkt auf Verbraucheraufklärung, Aus- und Fortbildung von Akteuren und MitarbeiterInnen in allen Bereichen der Wertschöpfungskette Ökonahrungsmittel, von der Umstellungsberatung der Bauern bis zur Schulung der VerkäuferInnen im Supermarkt.

Wer mehr als 25 Jahre Marktrealität im Agrarbereich bewusst miterlebt hat, weiß wie begrenzt dieser Ansatz ist. Die aktuelle Marktrealität nach dem turbulenten Winterhalbjahr 2000/2001 hat diese Einschätzung verstärkt.

Schlussfolgerungen: Was müsste getan werden?

Eine tatsächliche Agrarwende, insbesondere aber eine deutliche Ausweitung der Markt- und Wertschöpfungsanteile einer bäuerlich strukturierten und regional orientierten Ökolandwirtschaft am Geschäft mit der Ernährung kann es nur geben, wenn der Staat entsprechende Vorgaben macht. Das eindrucksvollste Beispiel für eine erfolgreiche ökologische Wende liefert der Energiemarkt. Der Sektor der regenerativen Energiegewinnung ist innerhalb weniger Jahre vom Betätigungsfeld „idealistischer Spinner“ zum hochprofitablen Anlagebereich internationalen Spekulationskapitals mutiert. Letzteres wünsche ich mir zwar nicht für die bäuerliche Landwirtschaft. Dennoch erscheint es mir sinnig, die Ursachen des erfolgreichen Wachstums in diesem Bereich genauer zu analysieren. Wären die staatlichen Politikinstrumente genauso organisiert wie im Agrarbereich, würde der alternative Strommarkt ein ähnlich kümmerliches Dasein fristen wie der Biolebensmittelmarkt. Gerade einmal 50.000 deutsche Haushalte verbrauchen Ökostrom; nur sie sind wirklich bereit, tatsächlich mehr für den Strom zu bezahlen. Auf dieser Nachfragebasis hätten sich staatliche Investitionsbeihilfen für regenerative Energiegewinnungsanlagen kaum gerechnet. Das entscheidende Instrument für die erfolgreiche Ausweitung regenerativer Energiequellen ist das Energieeinspeisungsgesetz, das die Unternehmen der Energiebranche verpflichtet, Ökostrom zu staatlich festgelegten Mindestpreisen zu kaufen. Dieses Instrument auf den landwirtschaftlichen Bereich übertragen hieße zum Beispiel:

1. Die großen Unternehmen des Agrarrohstoffhandels werden verpflichtet, zertifizierte BioWare aus ihrem regionalen Einzugsgebiet bis zu einem festgelegten Anteil (10 % in 5 Jahren, 20 % in 10 Jahren) zu einem festgelegten Preis aufzukaufen. Die festgelegten Preise werden nach Umfang der Erzeugungsmengen abgestuft. 10 % Biogetreide verteuert das Mehl des Bäckers um 3 Pfennige pro Kilo, beim Brot- und Brötchenpreis ist diese Verteuerung völlig irrelevant. Genauso wäre die Wirkung auf dem Milchmarkt, dem zweitwichtigsten Markt der Landwirtschaft. Für die Staatshaushalte wäre

dieses Instrument kostenneutral, für die Endkonsumenten wären die Mehrkosten marginal, die Steigerung der Wertschöpfung in der bäuerlichen Landwirtschaft wären deutlich, ebenso die ökologischen Auswirkungen auf Natur und Umwelt - zumal nur auf diese Weise in allen Regionen Ökobetriebe eine Absatzchance hätten. Das größte Hindernis für diesen agrarpolitischen Ansatz: Er passt ideologisch nicht in die Vorstellungswelt von Realpolitikern, die das Heil der Welt nach wie vor im „Freien Handel“ sehen.

2. Wenigstens dort, wo der Staat (noch) Interventionsmöglichkeiten hat, könnte die Nachfrage durch Verpflichtungen zum Einkauf von Ökoprodukten bis zu einem festgelegten Anteil (10 % in 5 Jahren, 20 % in 10 Jahren, vorrangig aus regionaler Herkunft) gefördert werden. Infrage kommen beispielsweise Kantinen von Bundeseinrichtungen, Bundeswehr usw., aber auch Einrichtungen die indirekt von staatlichen Vorgaben abhängig sind (z. B. die Sozial- und Rentenversicherungsträger).

Von derartigen Ansätzen ist bislang nichts zu erkennen. Deshalb ist die angekündigte Agrarwende aus bäuerlicher Sicht noch absolut unbefriedigend. Es gibt keine Veranlassung, im Bemühen um eine konstruktive Beeinflussung der neuen Agrarpolitik nachzulassen. Es muss klar sein, dass sich Bauern nicht mit einem Beschäftigungsprogramm für Wissenschaftler und Berater des Ökolandbaus sowie Kommunikationsexperten der Medien- und Werbebranche abspesen lassen.

Darüber hinaus hat heute mehr denn je der Selbsthilfeansatz eine wichtige politische Bedeutung: 20 % Direktvermarktung im Ökomarkt und viele partnerschaftliche, nach „Fair-trade-Prinzipien“ organisierte Geschäftsverbindungen mit Naturkostverarbeitern, Händlern und teilweise auch mit kleineren Supermarktketten sind ein realer Faktor, mit dem wir auch in Zukunft aus eigener Kraft die Entwicklung des Biomarktes gestalten können. BiokundInnen kaufen zu einem erheblichen Anteil unsere Lebensmittel nicht nur zur physischen Sättigung oder aus hedonistischer Genusssucht. In dem Maß, wie wir die ganzheitlichen Zusammenhänge von Landwirtschaft, Umwelt, Handel und Ernährung bewusst machen und offensiv damit Öffentlichkeitsarbeit betreiben, wird es anderen Akteuren schwer fallen, ihr Tun ausschließlich nach Profitmaximierungsinteressen auszurichten. Wir müssen unsere Betriebe sowohl auf der Erzeugungsstufe als auch auf der Handelsstufe weiterentwickeln. Regionale Arbeitsteilung zwischen

den Betrieben zur Senkung des Arbeitsaufwands (damit der Stückkosten) sind notwendige Schritte, denen wir uns nicht verschließen können, soweit es ökologisch vertretbar ist. Ebenso müssen die Vermarktungskonzepte den veränderten Rahmenbedingungen des wachsenden Marktes angepasst werden (Vollsortimente, Selbstbedienung, attraktives Ambiente, gute Lagen usw.).

Gerade wegen der sich auch im Biomarkt abzeichnenden Tendenzen zum „Wachsen oder Weichen“ und der Globalisierung der Märkte werden wir nur so das Vertrauen unserer KundInnen erhalten, ebenso wie die Zukunftsfähigkeit unserer Betriebe. Und nur so können wir Visionen vermitteln, mit denen wir ein Stachel im Fleisch einer immer perverseren Agrar- und Ernährungskultur dieser Gesellschaft bleiben.

Anmerkungen

BNN-Nachrichten, Heft 2/01

Eckpunktepapier, Aktionsbündnis Ökolandbau, September 2001

Manon Haccius, Alnatura-Qualitätssicherungsbeauftragte, 19.9.200, mündl. Mitteilung

Hessisch-Niedersächsische Allgemeine HNA, 17.9.2001

ZMP-Ökomarktforum 35/01

Agrarbericht der Bundesregierung 2000

Autor

Dietmar Groß bewirtschaftet einen Biolandbetrieb in Homberg-Mühlhausen

Kontakt:

Am Dorfbrunnen 1, 34576 Homberg-Mühlhausen

Telefon: 0 56 81/26 07

E-Mail: GROSS2607@aol.com

Die Agrarwende – Herausforderungen für den Ökologischen Landbau

von Thomas Dosch

Der Autor beschreibt aus seiner Sicht, wie eine Agrarwende für die Zukunft aussehen sollte. Unter anderem plädiert er für eine staatliche Förderpolitik, die es dem ökologischen Landbau ermöglicht, mittels Kostendegressionen, wie sie im konventionellen Landbau und in der Verarbeitungsindustrie vorherrschen, aus der bisherigen Nische hervorzutreten. Er erläutert ebenso die Anforderungen an eine veränderte Rolle der Anbauverbände in diesem Prozess.

„Der BSE-Skandal markiert das Ende der Landwirtschaftspolitik alten Typs.“ So lautet der erste Satz der Regierungserklärung der ersten Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft am 8. Februar 2001 im Deutschen Bundestag. (1) Als Ministerin kündigt Renate Künast eine Agrarwende an, deren Maßstab „Klasse statt Masse“ sein soll. Fortan werde nicht der Verbrauch, sondern die Verbraucherinnen und Verbraucher geschützt. In dieser Politik solle auch die Zukunft der Bauern liegen.

Mit einem Prinzip des „vorsorgenden Verbraucherschutzes“ soll wieder Vertrauen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Akzeptanz für eine staatliche Unterstützung der Landwirtschaft geschaffen

werden. Es sollen zukünftig, so lauten die Ankündigungen, keine Überschüsse, sondern Qualität – keine Tierquälerei, sondern artgerechte Tierhaltung – kein Raubbau, sondern Schutz von Boden und Wasser unterstützt werden. Diese Aussagen sind mit dem konkreten Ziel verbunden, den Anteil des Ökologischen Landbaus an der gesamten Landwirtschaft in den kommenden zehn Jahren auf einen Anteil von zwanzig Prozent zu steigern.

Damit Ökologischer Landbau sich durchsetzen kann, muss er aktiv gefördert werden.

So wenig wie die Politik den Markt ersetzen kann, so wenig kann der Markt politische Entscheidungen